

Derrida in Khartum

Bricht der Sudan auseinander? Vor den Anfang kommenden Jahres anstehenden Wahlen eskalieren die Konflikte im größten Staat Afrikas. Von Ruben Eberlein

Ungezählte Abkommen wurden in den vergangenen Jahrzehnten in der riesigen Kriegszone, die sich über den Tschad, den Sudan und die Zentralafrikanische Republik erstreckt, unter den Aufständischen sowie zwischen ihnen und staatlichen Autoritäten abgeschlossen. Oft sind diese Papiere nur von sehr eingeschränkter Bedeutung für die tatsächlichen Entwicklungen vor Ort (gewesen). Doch die kürzlich neu aufgeflamten Kämpfe im Grenzgebiet zwischen dem Tschad und Sudan markieren einen neuen Rekord beim Verfallstempo derartiger Vereinbarungen.

Am 5. Mai, zwei Tage nach der Unterzeichnung eines Vertrags zwischen den beiden Nachbarstaaten, der sie auf die Einstellung der gegenseitigen Angriffe verpflichtete, marschierte die Union des Forces de la Résistance (UFR), ein Zusammenschluß von bisher durch den Sudan unterstützten Rebellengruppen, von Darfur aus in Richtung der tschadischen Hauptstadt N'Djamena. Daraufhin bombardierte die Luftwaffe des Tschad mutmaßliche Stellungen der UFR im westlichen Sudan. Dessen Regierung sprach von einem »Kriegsakt« und drohte mit Vergeltungsschlägen.

Auch in anderen Regionen des Sudan gibt es Anzeichen für eine Verschärfung der vielfältigen Konflikte im größten Land Afrikas. In der Provinz Süd-Kordofan wurden Ende Mai fast 250 Milizionäre und Polizisten bei einer Auseinandersetzung um Land- und Weiderechte getötet. Nach Kämpfen zwischen der Rebellengruppe Justice and Equality Movement (JEM) und dem seit dem Darfur-Friedensabkommen in die Regierung aufgenommenen Sudan Liberation Movement (SLM), Fraktion Minni Minawi, bombardierte die sudanesishe Luftwaffe eine Stadt in Nord-Darfur. Zudem griff die JEM Militärbasen an, während sie in Doha weiterhin mit der Regierung unter Präsident Omar al-Bashir verhandelt.

In den letzten Monaten, so erklärte Ashraf Qazi, der Sondergesandte der UN für den Sudan, Anfang Juni, habe die Zahl der Opfer gewalttätiger Konflikte im Süden mehr Menschenleben gekostet als die Kämpfe in Darfur. Das im Januar 2005 nach mehr als zwei Jahrzehnten ununterbrochenen Bürgerkriegs zwischen Nord und Süd als Durchbruch gefeierte Umfassende Friedensabkommen (Comprehensive Peace Agreement, CPA) droht, zur Makulatur zu werden. Einige Sudan-Beobachter rechnen mittlerweile damit, daß die regierende Elite aus Militär und Geschäftswelt unter dem Dach der Nationalen Kongresspartei (NCP) auch mit massiver Gewalt, der sie sich seit nunmehr 20

Jahren bedient, den Zerfall des Landes nicht mehr aufhalten kann. Anfang kommenden Jahres sollen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten werden, 2011 werden die Bewohner des Südens über die Unabhängigkeit oder den Verbleib ihrer Region im Staat Sudan entscheiden können. Ob es zu beiden Abstimmungen überhaupt kommen wird, ist fraglich.

Fänden im Juli die dem CPA zufolge fälligen Wahlen statt, würde die Regierung unter al-Bashir, in der der Chef der südsudanesischen Volksbefreiungsbewegung des Sudan (SPLM), Salva Kiir Mayardit, den Vizepräsidenten stellt, ihre Legitimation verlieren – so sieht es das CPA jedenfalls vor. Tatsächlich geht es für die herrschenden Islamisten nun beim auf den Februar 2010 festgesetzten Urnengang um alles oder nichts. »Die nächsten Wahlen muß die NCP unbedingt gewinnen. Wenn sie verliert, könnte Präsident al-Bashir festgenommen und an den Internationalen Strafgerichtshof übergeben werden. Gleichzeitig droht der Verlust ihrer Vormachtstellung in der Wirtschaft, in Militär und Polizei. All das könnte mit der Auflösung der NCP enden«, sagt Hafiz Mohammed, Sudan-Analyst der in London ansässigen Organisation Justice Africa, gegenüber KONKRET.

Momentan dreht sich in Vorbereitung der Wahlen vieles um die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse einer landesweiten Volkszählung. Vor allem für die Anzahl der Sitze in der Zentralregierung und im Parlament, die nach Nord und Süd quotiert vergeben werden, sind sie relevant. Die SPLM verweigert dem Zensus die Anerkennung, weil er angeblich die Zahl der Südsudanesen zu niedrig veranschlagt. Sollte ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Sudan (rund 39 Millionen Einwohner) weniger als ein Drittel betragen, hätte das direkte Auswirkungen auf die Vetorechte im Parlament und somit möglicherweise auf die Verteilung der Öleinkünfte. Die Tatsache, daß sich eine Reihe von Förderquellen in der Grenzregion zwischen Norden und Süden befindet, erklärt die momentan forcierte Aufrüstung und die Kämpfe im Grenzgebiet.

Nach dem offiziellen Ende des Krieges zwischen SPLM und dem Regime in Khartum vor vier Jahren haben sich die Lebensbedingungen der Menschen im ölfreien Süden nicht sehr verändert. Viele können trotz der beträchtlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft bisher nicht in ihre Herkunftsdörfer zurückkehren und leben weiterhin als intern Vertriebene. »Die Leistung der Regierung des Südsudan ist sehr unbefriedigend. Sie versagte darin, die vielen Probleme der Menschen im Süden anzugehen.

Eine Kombination von schlechter Regierungsführung und Korruption hat zu einem Totalausfall geführt«, so Hafiz Mohammed. Verschärft wird die Lage seit kurzem durch den Fall der Rohölpreise. Selbst die eigenen Funktionäre können nicht mehr bezahlt werden; es kam bereits zu Unruhen. Andere Analysten erkennen hingegen zumindest Fortschritte bei der Integration der verschiedenen Milizen.

Der internationale Druck auf die seit dem Militärputsch von 1989 regierenden Islamisten der NCP sollte mit der Ausstellung des Haftbefehls durch den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) gegen al-Bashir im März 2009 erhöht werden. Während das Gericht den Vorwurf des Völkermords zunächst nicht erhob, wird al-Bashir die indirekte Verantwortung für Angriffe auf Zivilisten, Plünderungen, Mord, Ausrottung, Vertreibungen, Folter und Vergewaltigungen zur Last gelegt. Der ICC bezieht sich mit dem Haftbefehl auf die Zeit des Darfur-Krieges von Frühjahr 2003 bis Herbst 2005 sowie die Phase der »niederschweligen« Konflikte bis Juli 2008. Ob der internationale Druck tatsächlich erhöht wurde, ist jedoch zweifelhaft. Ein langjähriger Sudan-Beobachter sagte KONKRET: »Der Umstand, daß das Regime sich nicht genötigt sah, innenpolitische Allianzen mit seinen Gegnern zu suchen – und es kann in dieser Hinsicht sehr pragmatisch sein –, hat gezeigt, daß die Situation aus der Perspektive der Herrschenden kontrollierbar scheint.«

Al-Bashir hat die Vorwürfe des Internationalen Strafgerichtshofs, dem der Sudan nicht angehört, empört zurückgewiesen. »Was aus Darfur berichtet wurde, hat tatsächlich überhaupt nicht stattgefunden. Was stattgefunden hat, war ein Aufstand. Der Staat hat die Aufgabe, die Rebellen zu bekämpfen«, sagte der Regierungschef in der BBC-Sendung »HardTalk«. Zuspruch erhielt er vor allem aus der arabischen Welt und von der Afrikanischen Union (AU). Deren Aufregung über die angebliche »neokoloniale Verschwörung« kann jedoch kaum darüber hinwegtäuschen, daß nicht wenigen Vertretern dieser Länder in Zukunft ein demjenigen al-Bashirs ähnliches Schicksal blühen könnte.

Der Krieg in der westlichen Provinz Darfur, der die meisten Todesopfer zwischen März 2003 und September 2005 forderte, begann als Aufstand der Rebellengruppen JEM und SLM gegen die Zentralregierung in Khartum. Zu den vielfältigen Ursachen der Rebellion zählen die durch das Vordringen des Sahel in Richtung Süden verschärften Landkonflikte zwischen Landlosen und -besitzern sowie Bauern und Nomaden, die marginalisierte Stellung der Provinz gegenüber dem Zentrum Khartum und ihrer am Nil ansässigen Elite sowie eine profunde Krise lokaler, gerontokratischer Machtverhältnisse, die durch die leichte Verfügbarkeit von Kleinwaffen verstärkt wurde. Nach einigen spektakulären Erfolgen der Guerillagruppen – etwa dem Angriff auf den Flughafen von El-Fasher im April 2003 – mobilisierte das NCP-



Ausweitung der Kampfzonen: Präsident al-Bashir vor Anhängern in Süd-Darfur, März 2009

Regime, wie bereits im Krieg gegen die SPLM, die ihr wohlgesonnenen Milizen.

Es folgte ein Gewaltexzess, der sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung richtete. Nach einem oft wiederholten und durch viele Zeugnisaussagen belegten Muster bombardierte zunächst die Luftwaffe unter anderem mit selbstgebaute Clusterbomben Dörfer und Städte. Danach rückten die berittenen Milizen ein, die unter dem Namen Janjaweed bekannt wurden, und ermordeten im Verbund mit regulären Truppen verbliebene Bewohner. Über die Zahl der in jener Zeit getöteten Zivilisten wird derzeit in der Aktivistszene und der Wissenschaft heftig gestritten und gemutmaßt. Wie viele Hunderttausende aufgrund direkter Gewalt sowie in Folge von Hunger, Erschöpfung und Krankheit seit 2003 ums Leben gekommen sind, läßt sich wohl niemals zweifelsfrei belegen.

Vier Jahre nach dem Höhepunkt der Gewalt hat sich die Lage in Darfur längst noch nicht normalisiert. Mehr als zwei Millionen Menschen leben nach wie vor in Flüchtlingslagern unter erbärmlichen Bedingungen und werden überwiegend vom Welternährungsprogramm der UN versorgt. Die Rebellengruppen, die sich nicht dem im nigerianischen Abuja im Mai 2006 ausgehandelten Friedensabkommen angeschlossen haben, sind in konkurrierende Gangs ohne erkennbare politische Agenda zerfallen. Die nunmehr an der Regierung beteiligte Fraktion der SLM unter Minni Minawi wird von Beobachtern wie Julie Flint und Alex de Waal beschuldigt, brutal gegen die Bevölkerung und ihre Konkurrenten in Darfur vorzugehen, weil diese in der Mehrzahl sowohl das Friedensabkommen als auch die Machtansprüche Minni Minawis ablehnen.

Die sogenannte internationale Gemeinschaft übte sich angesichts der Verbrechen der sudanesischen Regierung in Darfur zwar hin und wieder in markiger Rhetorik, stoppte die Massenmorde, Vertreibungen und Vergewaltigungen jedoch nicht. Die 2004 kurz vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen zum Friedensabkommen, den Südsudan betreffend, sollten nicht gefährdet werden. Die heute in Darfur stationierte Unamid (United Nations – African Union Mission in Darfur), faktisch eine Truppe afrikanischer Staaten unter dem Kommando der UN, ist kaum in der Lage, die Sicherheit ihrer eigenen Soldaten sicherzustellen, geschweige denn den Flüchtlingen effektiven und dauerhaften Schutz zu bieten. Die Politik der US-Administration gegenüber Khartum ist geprägt von sich widersprechenden Interessen. Während dem Außenministerium an einer Stärkung der Moderaten gelegen ist, kooperiert die CIA seit Jahren eng mit dem sehr gut funktionierenden sudanesischen Sicherheitsapparat in Sachen Antiterrorspionage. Die US-amerikanischen Geheimdienste hätten »eine Menge Informationen über die internationale islamistische Bewegung« durch die sudanesischen Regierung erhalten, was »zur Enthärtung der amerikanischen Politik« geführt habe, erklärte ein Analyst gegenüber KONKRET.

Die grundlegende Ursache der Konflikte und Kriege im Sudan, die bereits seit 1955 – mit einer elfjährigen Unterbrechung – andauern und die nicht nur den Süden und Westen, sondern auch die östlichen und nördlichen Regionen betreffen, ist der nach wie vor ungelöste Widerspruch zwischen bettelarmen und politisch marginalisierten Provinzen einerseits und der Machtballung von Wirtschaft, Militär und

Politik im Zentrum um die Hauptstadt Khartum andererseits. Die für die Metzeleien im Süden und in Darfur Verantwortlichen seien keinesfalls Barbaren oder religiöse Fanatiker, schreibt der Afrikawissenschaftler Gérard Prunier in seinem Buch *Darfur. A 21st Century Genocide*. Vielmehr habe man es mit einer »computererfahrenen technokratischen Elite« zu tun, mit »unverhofften Jüngern Jacques Derridas und der französischen Postmodernisten, die wissen, daß die Realität weniger bedeutend ist als der Diskurs, der sie strukturiert«.

Mit der 1999 begonnenen Förderung von Erdöl, die vor allem im Süden konzentriert ist, hat sich die Balance zwischen den Regionen allerdings radikal verschoben. Im Zuge der abschabaren Sezession des Südsudan – entweder friedlich oder mit militärischen Mitteln – werden auch in anderen Landesteilen die Bestrebungen nach Unabhängigkeit erstarben, am ehesten wohl in den Gegenden unmittelbar nördlich der von der SPLM regierten Zone. Die dortige Bevölkerung hatte während des Bürgerkriegs mitunter auf der Seite der SPLM gekämpft und fürchtet nun, weiterhin ein karges Leben an der Peripherie, fernab von Einfluß und Wohlstand führen zu müssen. Viele Zeichen deuten auf eine explosionsartige Ausweitung der diversen Kampfzonen. Selbst das vor keiner Brutalität zurückschreckende Militärregime könnte dem schließlich hilflos gegenüberstehen und darin untergehen. Daß aus einem derartigen Zusammenbruch eine weniger gewalttätige Herrschaft entstehen wird, ist allerdings zweifelhaft. ●

Ruben Eberlein schrieb in KONKRET 6/09 über den südafrikanischen Wahlsieger Jacob Zuma